

Statement der Fraktion „Parteifreie Wähler“

Einige Gemeinderäte der Freien Wähler und der CDU haben in der Vergangenheit im Amtsblatt mehrfach davon Gebrauch gemacht, Falschmeldungen zur Situation unserer Gemeinde und Denunzierungen zu unseren Personen zu publizieren. Entschuldigungen gab es dazu bisher nicht.

In Reaktion auf den Artikel von Dr. Weise, zu finden im Mai-Amtsblatt, kündigten wir in der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 20.05.2015 an, im Juni-Amtsblatt einmal unsere Sicht auf die aktuelle Lage unserer Gemeinde darzustellen. Unserem Ansinnen wurde, von Seiten des Bürgermeisters, abgeraten; wir haben seinen Wunsch akzeptiert.

Hier ist unser Artikel:

* * *

Die Lüge ist wie ein Schneeball: Je länger man ihn wälzt, desto größer wird er!

Martin Luther

In den letzten Monaten wurde viel geschrieben und viel gesagt. Was davon Lüge war, um Fehlentscheidungen zu vertuschen, das gilt es aufzuarbeiten und offen zu legen. Diejenigen, die unsere Gemeinde in diese hohe Verschuldung geführt haben, müssen zur Verantwortung gezogen werden.

Mit unserem Artikel machen wir auf einige schwerwiegende Probleme aufmerksam:

Der **Schuldenstand** unserer Gemeinde beträgt, lt. Vorbericht zum Haushaltsplan 2015, **zum 31.12.2014 ca. 8.509.116,- Euro. Das entspricht einer pro-Kopf-Verschuldung von 2.359,- Euro.**

Zum 30.06.2014 hatte unsere Gemeinde 3607 Einwohner; Tendenz sinkend.

Das Rechts- und Kommunalamt (Landratsamt) sieht bereits einen Schuldenstand von 1.200,- Euro pro Einwohner als kritisch an.

Seit 2012 hat unsere Gemeinde keinen ausgeglichenen Haushalt mehr. Das bedeutet, dass die Einnahmen nicht mehr ausreichen, um die Ausgaben zu decken. Somit wurden auch keine finanziellen Mittel erwirtschaftet, die zur Rückzahlung der Schulden verwendet werden konnten. Ein privater Haushalt wäre „pleite“!

Auf Grund der genannten Fakten wurde die Gemeinde durch das Landratsamt aufgefordert, spätestens mit dem Haushaltsplan 2014 ein Haushaltsstrukturkonzept (HSK) zu erarbeiten.

Dieses HSK wurde mit 58 Vorschlägen zur Konsolidierung des Haushaltes im Oktober 2014 vom Gemeinderat beschlossen. Bisher wurden 22 Vorschläge (ca. 37 %) umgesetzt bzw. fanden Beachtung.

Das gesamte HSK sollte im Amtsblatt veröffentlicht werden; leider fand dieser Vorschlag von Prof. Svarovsky in der Verwaltung keine Beachtung.

Die wesentlichen Vorschläge im HSK zielen auf die Erhöhung der Einnahmen (Realsteuern und Gebühren).

Auch der Haushalt 2015 ist nicht ausgeglichen und damit nicht gesetzmäßig.

Die Gemeinde ist derzeit nicht in der Lage, die Tilgung für die laufenden Kredite in Höhe von ca. 80.000,- Euro zu leisten.

Zum 20.05.2015 beanspruchte die Gemeinde einen **Kassenkredit in Höhe von 436.678,29 Euro.**

Der Stand des Kassenkredits bei Beschluss des HSK betrug zum 01.09.2014 483.000,- Euro.

Warum ist unsere Gemeinde in diese Verschuldung geraten?

Gemeinderat Dr. Weise macht dafür einen Systemfehler in der Gemeindefinanzierung verantwortlich. Das ist falsch! Die Verschuldung unserer Gemeinde ist durch die Missachtung von Gesetzen und durch Fehler des Bürgermeisters, der Verwaltung und

der Mehrheit des Gemeinderates entstanden. Dabei wurde auch die stetig sinkende Einwohnerzahl ignoriert. Auf den Wegfall vieler Arbeitsplätze nach der Wende wurde nicht reagiert; die Ansiedlung neuen Gewerbes blieb dem Zufall überlassen bzw. wurde diesem sogar noch entgegen gewirkt.

Trotzdem wurden im Neubaugebiet für Wohnungssanierungen 10 Millionen DM Kredit aufgenommen. Leider wurde weder alters- noch behindertengerecht umgebaut. Die einzige Reaktion auf den Bevölkerungsschwund war und ist der Abriss. Das wiederum verursacht einen drastischen Rückgang von Grundsteuereinnahmen, Wasser- und Abwassergebühren sowie Heizkosten.

Durch den Abriss von 400 Wohnungen fehlen in der Gemeindekasse jährlich ca. 40.000,- Euro Grundsteuereinnahmen. 1994 hatten wir noch ca. 4800 Einwohner. Der Verlust an Einwohnern bedeutet ca. 200.000,- Euro weniger an Schlüsselzuweisungen pro Jahr.

Durch den Rückbau der Wohnungen werden jedoch die Schulden nicht geringer; pro verbliebenen Einwohner steigen sie sogar noch an!

Das beschlossene HSK führt nicht dazu, dass sich an der Struktur der Gemeinde etwas verändert. Das HSK greift die Ursachen für unseren hohen Schuldenstand nicht an. Es zeigt auch keine Wege und Lösungen für den Stopp des Bevölkerungsrückganges auf, es gleicht nur teilweise die Einnahme-Verluste der letzten Jahre mit höheren Belastungen für die verbliebenen Einwohner aus.

Die Einschätzung, dass das derzeitige HSK die Probleme der Gemeinde lösen kann, können wir nicht teilen.

Es besteht dringender Handlungsbedarf günstige Bedingungen für Investitionen im Bereich des Gewerbes zu schaffen, damit sich die Zahl der Arbeitsplätze erhöht. Für das Gewerbegebiet muss dringend ein Sanierungskonzept erarbeitet werden.

Die Fehlentwicklungen in den Bereichen Wasserversorgung und Abwasser sowie von bebauten und unbebauten Flächen (im Gewerbegebiet) sind gravierend. Für unsere Gemeinde muss ebenso dringend ein umsetzbares „Leitbild“ für einen überblickbaren Zeitraum von 10 Jahren erarbeitet werden.

Seit einigen Jahren herrscht vollkommene Konzeptlosigkeit vor. In den Bereichen „Schulstandort“, „Versorgung der Bevölkerung mit Waren des Grundbedarfs“ liegen ebenso die Defizite auf der Hand. Was geschieht mit der Grundschule? Warum wurde kein Förderprogramm für deren längst überfällige Sanierung beantragt? In unserer Gemeinde stehen bereits 2 Verkaufseinrichtungen leer; warum soll trotzdem eine neue Verkaufseinrichtung im Gutsgelände gebaut werden? Hier geht es nicht um eine bessere Versorgung, sondern um die Einnahme von Grundstückserlösen. Warum wurden die Sanierungsgelder nicht dort eingesetzt, wo jetzt abgerissen werden soll? Wo wurden diese Sanierungsgelder „verbaut“?

Wir fordern an dieser Stelle unbedingte Transparenz – das sind wir unserer Bevölkerung schuldig!

Wir sind weder Paragrafen-Popler noch verbreiten wir defätistisches Gedankengut (so lauten einige Aussagen von Gemeinderäten der Freien Wähler und der CDU). Wir haben, wie jeder andere Gemeinderat auch, gelobt, die Gesetze zu achten.

Nur wenn sich in Zukunft alle Gemeinderäte daran halten, können wir, im Sinne unserer Gemeinde, von einem gemeinsamen Weg sprechen; politische Ambitionen ausgenommen.

Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist bloß ein Dummkopf. Aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher.

Bertolt Brecht

* * *

**Annemarie Rentsch und Peter Klemmer
- Gemeinderäte der Fraktion „Parteilose Wähler“ (PFW) - 13.06.2015**

Weitere Publikationen gibt es auf: www.parteilose-waehler-koenigswartha.de